

## Vorschau auf die Landratssitzung vom 19. Oktober 2023

*An der Sitzung vom 19. Oktober 2023 führt das Baselbieter Parlament die 2. Lesung zur Revision des Energiegesetzes durch. Weitere Themen sind die Jahresberichterstattungen der Universität Basel und des Universitäts-Kinderspitals. Zudem muss über den Antrag auf die Schaffung und Finanzierung dreier neuer Staatsanwaltschafts-Stelle entschieden werden, und ein weiteres Geschäft ist die Ausgabenbewilligung für die Kontakt- und Anlaufstellen der Suchthilfe Region Basel.*

Der Landrat wird die 2. Lesung und Schlussabstimmung zur Teilrevision von **Energiegesetz** und -dekret durchführen. Diese umfasst v.a. die folgenden Schwerpunkte: die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung von Gebäuden, die Verbesserung der Energieeffizienz von Gebäuden, die Forcierung der Solarenergie, speziell am Gebäude, die Forcierung der emissionsarmen Mobilität (Massnahmen) sowie die Energieplanung der Gemeinden. Bei der eingehenden Kommissionsberatung waren verschiedene Elemente der Vorlage umstritten; zu Gunsten einer mehrheitsfähigen Vorlage konnten aber in diversen Punkten auch Kompromisse erzielt werden.– *In der 1. Lesung am 28. September 2023 hat der Landrat an der von der Umweltschutz- und Energiekommission mit 9:3 Stimmen beantragten Fassung keine Änderungen mehr vorgenommen. (Traktandum 4; zum [Geschäft](#))*

Das **Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)** hat im Jahr 2022, das wiederum von der Pandemie geprägt war und eine extrem hohe Belastung im Notfall mit sich brachte, den Versorgungsauftrag jederzeit erfüllt. Die Qualitätsindikatoren sowohl der Patienten- als auch der Elternzufriedenheit zeigen ein erfreuliches Ergebnis. Der Kostendeckungsgrad beträgt stationär 100 Prozent und ambulant 70 Prozent. – *Die IGPK UKBB beantragt dem Landrat einstimmig Kenntnisnahme des UKBB-Geschäftsberichts. (Traktandum 5; zum [Geschäft](#))*

Im Rechnungsjahr 2022 weist die **Universität Basel** einen Gesamtaufwand von CHF 761,9 Mio. aus, welchem Erträge von CHF 751,9 Mio. gegenüberstehen. Das Betriebsergebnis 2022 weist demnach – aufgrund der Umstellung auf neue Rechnungslegungs-Standards – einen Verlust von CHF 10 Mio. auf. Die von der Universität kompetitiv eingeworbenen Drittmittel haben sich mit CHF 116 Mio. auf hohem Niveau konsolidiert. Im Herbstsemester 2022 waren 12'896 Studierende und Doktorierende an der Uni Basel immatrikuliert. Die Zahl der Eintritte hat gegenüber dem Vorjahr wieder leicht zugenommen. – *Die IGPK Universität beantragt dem Landrat einstimmig Kenntnisnahme des Leistungsberichts 2022 der Uni. (Traktandum 6; zum [Geschäft](#))*

Die Staatsanwaltschaft soll drei **neue Stellen für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte** erhalten. Als Grund nennt der Regierungsrat die revidierte Strafprozessordnung, die per 2024 in Kraft treten und zusätzlichen Aufwand mit sich bringen wird. Der Landrat ist für die Bewilligung dieser spezifischen Stellen zuständig, weil die Zahl der ordentlichen Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Dekret zum Einführungsgesetz zur Strafprozessordnung festgelegt ist. Die Mehrheit der vorberatenden Justiz- und Sicherheitskommission erachtet die Aufstockung als wichtig und nötig, damit die Staatsanwaltschaft die Fälle zeitgerecht abarbeiten kann. In der Kommission wurde aber teils bemängelt, dass eine Gesamtsicht auf die kommenden Personalaufstockungen bei den Strafverfolgungsbehörden insgesamt fehle. – *Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 8:2 Stimmen bei 2 Enthaltung Zustimmung zum Landratsbeschluss. (Traktandum 7; zum [Geschäft](#))*

Die **Kontakt- und Anlaufstellen**, eine Einrichtung für Drogensüchtige, erhalten vom Kanton jährlich Geld für ihren Betrieb. Die Betreibergesellschaft Suchthilfe Region Basel beantragte für die neue Leistungsperiode 2024-2027 eine Erhöhung um CHF 80'000.– auf jährlich CHF 930'000.–. Damit soll in erster Linie der im Vergleich zu anderen K+A in der Schweiz zurückgefallene Lohn verbessert werden. Zudem ist die Betreuung der Süchtigen anspruchsvoller geworden, was vor allem mit dem gestiegenen Kokainkonsum zu tun hat, der zunehmend schwere Zerfallserscheinungen nach sich zieht. In der Kommission war die Vorlage unbestritten und sie beantragt, der Ausgabenbewilligung zuzustimmen. – *Die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission beantragt dem Landrat mit 12:0 Stimmen Zustimmung zum Landratsbeschluss. (Traktandum 8; zum [Geschäft](#))*

*An der Sitzung sind weitere Vorlagen und zahlreiche Vorstösse zu verschiedenen Themenbereichen traktandiert. Diese Geschäfte sind über Links in der [Traktandenliste](#) abrufbar.*